



**„Junge Familien  
sollten entlastet, nicht ständig m e h r belastet werden !“**

Mit dieser sozialpolitischen Kernforderung von Michael Langer, SPD-Fraktionsvorsitzender, konnte sich die SPD im Gräfelfinger Gemeinderat leider nicht durchsetzen. Trotz heftiger Gegenwehr der SPD-Fraktion beschloß die Mehrheit des Gemeinderats mit den Stimmen von CSU, IGG, Grüne/Unabh. und FDP das Gegenteil:

**Die Gebühren für die gemeindlichen Kindergärten steigen um 10 % !**

In der Entscheidungsvorlage der Gemeinde war sogar eine Erhöhung von 20% zur Diskussion gestellt. Dabei bringt diese 10%-ige Erhöhung gerade mal 47.000 € ein, eine Investition in die Betreuung unserer Kinder, die sich die Gemeinde Gräfelting mit Leichtigkeit hätte leisten können – bei einem Haushaltsvolumen von über 100 Mio. € und Gewerbesteuerereinnahmen von über 50 Mio. € (und ‚verschenken‘ 2 Mio. €, s. Rückseite). Für großzügige Sanierungen von Nebenstraßen wird bereitwillig viel Geld ausgegeben, an die 500.000 € für jede einzelne, heuer für fünf solcher Straßen. Und laut Gutachter soll der fehlgeplante Kreisel an Lochhamer-/Rottenbucherstr. mit einem Aufwand von bis zu 700.000 € repariert werden können. Da fragt sich der kritische Bürger, warum die 47.000 € für die Kindergartengebühren nicht drin sein sollen?!

Michael Langer, SPD-Fraktionsvorsitzender, brachte es im Gemeinderat auf den Punkt :

**„Es ist keine Frage des Könnens, sondern des Wollens, eine Frage des politischen Willens. Es geht darum, wo man politische Schwerpunkte sieht und wo man diese setzt“.**

Mit großer .....*„Deutlichkeit bekannten sich die drei SPD-Gemeinderäte zu ihrer sozialen Ader und forderten einen Verzicht oder zumindest eine Vertagung der Gebührenerhöhung. ....“* merkte der Münchner Merkur online am 1.6.2016 an. Andernfalls mache sich die Gemeinde auch noch zum Vorreiter für die kirchlichen und privaten Kindergärten, die wohl bald mit einer Erhöhung nachziehen würden, so Michael Langer.

**Wenn auch Sie für eine solch unsoziale Entscheidung kein Verständnis haben :  
Schreiben Sie uns ! Wir bemühen uns nach Kräften, Ihre Interessen zu vertreten.  
(s. Adressen in Fußnote).**



## **Würden auch Sie - freiwillig - auf ein steuerfreies Geschenk von 2 Mio. € verzichten ?**

**... wohl kaum ... die Mehrheit des Gräfelfinger Gemeinderates aber tat es! ...**

**... und zwar bei der Finanzierung des sozialen Wohnungsbauprojektes Rottenbucherstr.**

Dort begnügte man sich mit 1 Mio. € Zuschuß aus dem Förderprogramm des Landkreises. Die 3 Mio. €, die man stattdessen aus dem Förderprogramm des Freistaates bzw. Bundes hätte erhalten können, lehnte man ‚großzügig‘ ab. Und verzichtete dadurch noch obendrein auf das Belegungsrecht für die Wohnungen durch die Gemeinde (insbesondere für Bürger, die in Gräfelfing arbeiten).

### **Eine klare Fehlentscheidung der Mehrheit des Gemeinderats !**

Dies darf sich bei künftigen kommunalen Wohnungsbauprojekten nicht wiederholen!

### **Auf der Prioritätenliste des Baues bezahlbarer Wohnungen durch die Gemeinde müssen nach unserer Ansicht folgende Vorhaben stehen:**

- Erwerb und Umwandlung des Gebäudes der Kreissparkasse am Jahnplatz für bezahlbare Wohnungen
- Erwerb und Umwandlung des Gebäudes der Doemens-Schule für bezahlbare Wohnungen
- Auflassung der südl. Fahrbahn der Würmtalstraße und Bebauung mit bezahlbaren Wohnungen
- Überbauung unwirtschaftlich genutzter Flächen im Ortsgebiet, insbesondere Überbauung von großen Parkplätzen (z.B. Ecke Rottenbucher-/Adalb.-Stifter-Str., Tiefgarage Bürgerhaus, Großparkplätze in der Bahnhofstr./Malteser HD und im Gewerbegebiet, usw.)

Mit voller Absicht folgen diese schwerpunktmäßigen Vorhaben dem planerischen Grundsatz:

### **I n n e n entwicklung mit maßvoller Nachverdichtung**

Genau dies verlangen nämlich die planerischen Vorgaben, auf die sich a l l e Gemeinden im Würmtal und die Stadt München im Raumordnerischen Entwicklungskonzept München Südwest (ROEK von 2014) einvernehmlich festgelegt haben. Für Gräfelfing gilt dabei stets: „Gartenstadt-verträglich“. Und Überbauung von großen Parkplätzen hilft dabei, die weitere Versiegelung von Wiesen, Ackerflächen, Wald und damit unseren Erholungsgebieten zu verhindern – zum Schutz der unmittelbaren Umwelt unserer Gartenstadt.

**Die SPD lehnt daher eine Ausdehnung der Bebauung nach a u ß e n hin - z.B. an der Heitmeiersiedlung oder an den Ortsgrenzen zu Hadern, Pasing oder Planegg - konsequenterweise s t r i k t ab.**

**Schreiben Sie uns ! Wir bemühen uns nach Kräften, Ihre Interessen zu vertreten.**

(s. Adressen in Fußnote).